



Mauerpark



Seite 3

Daseinsvorsorge



Seite 4/5

Nazifrei



Seite 7

Aus BVV und Ausschüssen

## Geheime Öffnungszeiten



Am Mittwoch, 5. Mai verschluckte die Konsensliste in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) den einen oder anderen interessanten Antrag. Dafür gab es überreichlichen Gesprächsbedarf bei den Vorlagen zur Kenntnisnahme. Glücklicherweise viele aus den Bereichen Stadtentwicklung, Öffentliche Ordnung und Verkehr. Das versprach mehrere Auftritte von Wolfram Kempe, unserem Fachmann aus der Linksfraktion. Bei ihm hören sich selbst Ausführungen zum Straßenausbaugesetz wie ein Krimi an. Doch bis dahin waren die mündlichen Anfragen interessanter als die Vorlagen. Wie die von Herrn Eichler (CDU) mit dem reißerischen Titel: „Geheime Öffnungszeiten der Gewächshäuser

in der Botanischen Anlage“. Leider waren Inhalt und Antwort total unspektakulär. Neu war auch, dass die anderen Fraktionen wohl dachten, sich in einem Flugzeug zu befinden. Sie applaudierten bei jeder Landung ihrer Rednerpiloten.

Viele Beiträge gab es auch zum Tagesordnungspunkt „Grundstücksangelegenheit Sportstätte am Weißensee“. Bedauerlich war, dass das Forum BVV erneut und entschieden zu lang für Diskussionen, die eigentlich in die entsprechenden Ausschüsse gehören, genutzt wurde. Nach der durch Frau Remlinger von den Grünen beantragten Auszeit, stiegen wir mit herben Anwürfen gegen unsere Linksfraktion erneut in dieses wichtige Thema ein. Ergebnis nach fast einstündiger

Debatte: Überweisung in die zuständigen Ausschüsse. Das hätten wir auch einfacher und vor allem schneller haben können.

Zum Schluss eine gute Nachricht: Unsere Fraktion hat Zuwachs bekommen, weil eine Verordnete der vormaligen WASG ihr Mandat niedergelegt hat. Von nun an gehört auch Patrick Technau zu uns.

Herzlich willkommen, wir freuen uns auf Dich!

*Gabi Kuttner*  
Bezirksverordnete



## Kulturstandorte unter Druck



463.000 Euro. Auf diese Summe beläuft sich die Rückzahlung von Fördermitteln, die der Bezirk Pankow für den kooperativen Jugendkulturstandort Eliashof in der Senefelder Straße erhalten hatte. Dadurch wurde das Jahresergebnis 2009 des Bezirkes Pankow deutlich verschlechtert - die Gesamtheit aller Kosten, die die Umwandlung des Gebäudekomplexes in eine Grundschule mit sich bringt, ist damit noch nicht in voller Höhe benannt. Schaut man nur auf diesen finanziellen Aspekt, so kommt hinzu, dass für den Umbau zur Grundschule erhebliche Mittel eingesetzt werden müssen, ebenso für den Umbau der durch die Musikschule zu nutzenden Gebäudeteile. Außerdem kommen sicherlich auch auf die freien Jugend- und Kultur“unternehmen“

Umwzugskosten zu, wenn sie

überhaupt einen neuen Standort im Bezirk finden können. Das Bezirksamt hat den Initiativen einige Angebote unterbreitet, allerdings sind die Möglichkeiten in Pankow begrenzt, schließlich mussten Immobilien in großem Umfang abgegeben werden. So sitzen die Initiativen des Eliashofes auf gepackten Koffer. Die fragile Konstruktion, die diesen kooperativen Standort prägte, lässt sich nicht so einfach verpflanzen, deshalb droht der Verlust dieser Angebote in Pankow.

Als vor gut einem Jahr die Entscheidung zur Umwidmung des Eliashofes getroffen wurde, waren diese möglichen Folgen nicht unbekannt. Als Fehler hat sich inzwischen erwiesen, das Kulturareal im Thälmann-Park als Ausweichquartier zu betrachten.

Nicht nur - wieder sprechen nackte Zahlen - die zur Verfügung stehenden Flächen, sondern auch der bauliche Zustand des Kulturareals machen einen Wechsel über die Prenzlauer Allee unmöglich. Es sei denn, man schließt die dortigen Kultur-Einrichtungen des Bezirkes. Für einen Umbau der Gebäude, der zugleich Sanierung und Verbesserung der Arbeits-

möglichkeiten wäre, fehlen die Investitionsmittel. Einzig positiver Nebenaspekt dieser Misere: Das Kulturareal im Thälmann-Park und die dort Aktiven sind in das Bewusstsein aller Kommunalpolitiker zurückgekehrt.

*Matthias Zarbock*  
Bezirksverordneter



Das Interview

# Mauerpark fertigstellen

Nach jahrelanger Debatte hat Mitte's Baustadtrat, Ephraim Gothe (SPD) endlich seine Pläne, geplante Mauerparkflächen zu bebauen, aufgegeben. Der Bezirk Mitte beschloss ein Konzept zur Fertigstellung des Parks zwischen Prenzlauer Berg und Mitte. Über das Konzept sprach extraDrei mit Dr. Michail Nelken, Bezirksstadtrat für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung in Pankow:

**Was hat die Bezirksverordnetenversammlung Mitte (BVV) beschlossen?**

Die BVV hat die planerischen Grundzüge für die zukünftige bauliche Nutzung der Gewerbefläche an der Weddinger Seite des Mauerparks beschlossen. Danach werden ca. 5,6 Hektar dem Mauerpark zugeschlagen und für 4,6 Hektar, verteilt auf zwei Baufelder, erhält der Grundstückseigentümer ein profitables Baurecht.



**Warum hat die Linksfraktion in der BVV Mitte dem nicht zugestimmt?**

Zwar ist das Einlenken Gothes, nicht mehr geplante Parkfläche zu Bauland machen zu wollen, ein Fortschritt, aber für DIE LINKE in Mitte wie auch in Pankow ist unakzeptabel, dass offensichtlich auf den Baufeldern eine erschlagende Baumasse ermöglicht werden soll. Über 26.000 Quadratmeter Bruttogeschoßfläche an der Bernauer Straße und 59.000 Quadratmeter am Nordkreuz. Das wäre viel zu massiv und geeignet, jetzige Mauerparknutzungen zu gefährden.

**Michail, Du begleitest den Kampf um die Schaffung und Fertigstellung des Mauerparks seit 20 Jahren. Das Ziel war ein Mauerpark ohne Bebauung. Hältst Du**

**den Beschluss der BVV Mitte für einen gangbaren Kompromiss?**

Die Verteilung zwischen hinzukommender Mauerparkfläche und Flächen für andere Nutzungen wäre als Kompromiss mit dem Bodeneigentümer hinnehmbar. Hinsichtlich des Maßes und der Art der Nutzung ist der jetzige Gothe-Plan nicht zustimmungsfähig. Es wird nicht nur zuviel Bebauung geplant, sondern auf dem südlichen Baufeld will Gothe offenbar großflächigen Einzelhandel ermöglichen. Das widerspricht der bezirklichen Zentrenplanung von Pankow und von Mitte und ist deshalb inakzeptabel.

**Wem gehören eigentlich die Flächen?**

Die Fläche gehört der Vivico Real Estate GmbH, einer privatisierten, ehemaligen Immobilientochter der Deutschen Bahn, die im Jahre 2007 vom börsennotierten österreichischen Immobilienkonzern CA Immo International gekauft wurde.

**Was passiert mit dem Gleimtunnel?**

Der Gothe-Plan favorisiert eine Erschließung des nördlichen Baufeldes von der Gleimstraße aus, bei der über die Hälfte des unter Denkmalschutz stehenden Gleimtunnels abgerissen werden soll. Damit würde ein einzigartiges Denkmal des deutschen Eisenbahnbaus den Profitinteressen eines Immobilienkonzerns geopfert. Das wäre ein unverantwortlicher Kulturfrevel.

**Welche Nutzungskonflikte drohen?**

Durch die geplante extensive gewerbliche Bebauung auf dem südlichen Baufeld an der Bernauer Straße sind Nutzungskonflikte mit der heutigen intensiven Mauerparknutzung im Bereich des Flohmarktes und des Amphitheaters einerseits und andererseits mit der Schul- und Wohnnutzung auf Weddinger Seite zu befürchten. Aber auch auf dem Baufeld nördlich des Gleimtunnels kann es bei einer dichten Wohnbebauung zu Konflikten mit heutigen Mauerparknutzungen in diesem Bereich - Kinderbauernhof, Kinderspielplatz und Kletterfelsen

- kommen.

**Was sagen eigentlich die zahlreichen Mauerparkinitiativen?**

Die Reaktionen sind unterschiedlich. Der Verzicht auf eine Bebauung der ursprünglich geplanten Mauerparkfläche wird von allen begrüßt. Die massiven Bebauungspläne für die Restfläche werden überwiegend abgelehnt. Nur die Initiative „Freunde des Mauerparks“ kann sich mit dem Gothe-Bebauungsplan anfreunden.

**Muss nun der Flächennutzungsplan geändert werden?**

Ja. Der Berliner Flächennutzungsplan (FNP) weist für die gesamte Fläche eine Grünnutzung aus. Aus einer Grünflächenplanung im FNP können nach den Rechtsvorschriften des Landes Berlin keine Bauflächen entwickelt werden. Deshalb muss für ein rechtmäßiges Bebauungsplanverfahren der FNP ebenfalls in einem formellen Verfahren mit Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange geändert werden. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung meint aber, darauf verzichten zu können. Das ist nicht nur rechtswidrig, sondern ein politischer Skandal, weil bereits ein Änderungsverfahren ähnlichen Inhalts 2003 begonnen und nach massivem Einspruch der Bürger, der Verbände und Initiativen im Jahre 2005 abgebrochen wurde. Jetzt will man offensichtlich die unbequemen Bürger und das Landesparlament umgehen.

Interview:  
Sandra Brunner



Daseinsvorsorge

## Öffentlich, weil ´s besser ist



In den 1990er Jahren galt die Devise „Das regelt der Markt“. In Berlin wurde verkauft, was nicht niet- und nagelfest war. BEWAG, Gasag, Teilprivatisierung der Wasserbetriebe und der Bankgesellschaft – das Land brauchte Geld, um die Metropolenträume der herrschenden Eliten zu finanzieren.

Seit 2002 bestimmt DIE LINKE über die Geschicke der Stadt mit. Die Finanzlage ist nach wie vor schwierig. Dennoch hat sich nun Stück für Stück die Einsicht durchgesetzt, dass die Verschleuderung wichtiger Infrastrukturen weder gut ist für die Bürgerinnen und Bürger noch für die Stadt. Dazu haben wir unser Stück Arbeit beigetragen.

Ging es erst darum, Ordnung zu schaffen, indem die demokratischen Kontrollmechanismen der öffentlichen Unternehmen hergestellt, ihre Bilanzen in Ordnung gebracht, ihr Personal qualifiziert gewählt wurde,

heißt es jetzt: Transparenz, Kontrolle und Leistungen verbessern. Manch Ereignis, wie die Auftragsvergabe bei der HOWOGE in Buch, zeigt, dass es noch immer genug zu tun gibt.

Abgeordnetenhausfraktion und Landesparteitag der LINKEN in Berlin haben jetzt nachgelegt: Wir wollen gemeinsam darüber nachdenken, wie wir die Kontrolle über wichtige Netze und Betriebe erlangen können, die privatisiert oder – wie die Bahn – „börsenfit“ gemacht und auf Verschleiß gefahren wurden.

DIE LINKE Berlin will die Energienetze in Landesregie zurückführen. Auch der S-Bahn-Verkehr soll perspektivisch unter städtische Kontrolle, um ein „S-Bahn-Chaos“ unmöglich zu machen. Ein kommunaler Ökostromversorger soll entstehen. Die Privatisierungsverträge der Wasserbetriebe wollen wir offenlegen und neu verhandeln – zu-

gunsten der Kunden. Erster Schritt im Parlament: Mit einem neuen Informationsfreiheitsgesetz unterliegen derartige Verträge zukünftig weiten Offenlegungspflichten.

Öffentlich ist besser, wenn es demokratisch, transparent und sozial zugeht. Dafür arbeitet DIE LINKE in Berlin. Gute Leistungen für Alle, bezahlbar, umweltgerecht und von hier – dafür braucht unsere Stadt gut funktionierende öffentliche Unternehmen!

*Dr. Klaus Lederer  
Landesvorsitzender DIE LINKE  
Berlin*



## GSW an der Börse



Vor sechs Jahren verkaufte das Land Berlin die kommunale Wohnungsgesellschaft GSW an die als Heuschrecken geltenden Investoren Cerberus und Whitehall. Bis 2014, so wurde vereinbart, muss Berlin zustimmen, wenn mehr als 49 Prozent der Anteile veräußert werden sollen. Senat und Abgeordnetenhaus gaben nun ihre Zustimmung. extraDrei sprach mit Gernot Klemm (DIE LINKE), Mitglied des Abgeordnetenhauses:

**Warum geht die GSW an die Börse?**

Die GSW soll an die Börse, weil die Investoren Cerberus und Whitehall in Liquiditätsschwierigkeiten sind und deshalb das Unternehmen so schnell wie möglich verkaufen wollen.

**Rot-Rot hat die GSW im Jahr 2004 privatisiert. War das eine richtige Entscheidung?**

Nein. Der Senat war zu diesem Notverkauf durch eine „erfolgreiche“ Klage von CDU, FDP und Grünen vor dem Berliner Verfassungsge-

richt zum Verschern von Landesunternehmen gezwungen worden. Die LINKE lehnt derartige Privatisierungen von Unternehmen der öffentlichen Daseinsfürsorge ab. wollen.

**War der Börsengang auch ohne Zustimmung des Abgeordnetenhauses möglich?**

49 Prozent des Unternehmens hätten sofort und ohne Zustimmung Berlins verkauft werden können. Aufgrund des Agierens der damaligen PDS-Fraktion im Jahr 2004 sind jetzt durch eine Zusatzvereinbarung die weitere Einhaltung der Mieterschutzklauseln bis 2014 vereinbart und Berlin erhält von den Investoren 30 Millionen Euro. Mit der Zustimmung zum Börsengang konnte eine Teilveräußerung und damit die Zerschlagung der GSW verhindert werden. Außerdem verbleiben im Unternehmen 100 Millionen Euro vom Erlös des Börsengangs, die damit in den Wohnungsbestand investiert werden können. Das Unternehmen

wird ein vitales Interesse daran haben müssen, erfolgreich am Berliner Wohnungsmarkt zu agieren, was in einer Mieterstadt wie Berlin nicht einfach gegen die Interessen von Mietern gehen wird.

**Mieterverbände befürchten, dass nach Ablauf der Schutzklauseln die Mieten kräftig ansteigen, um die Renditeerwartungen der Aktieninhaber zu erfüllen?**

Diese Gefahr bestand bereits mit dem Verkauf 2004 an die zwei so genannten Heuschrecken. Da gibt es auch heute nichts schönzureden. Daran ändert die neue Eigentumsform nichts.

*Interview:  
Sandra Brunner, Renate Tepper*



# Mehr Transparenz

Die Affäre um den Chef der Berliner Treberhilfe, der einen Maserati als Dienstwagen fuhr und ein sehr hohes Gehalt bekam, hat die Öffentlichkeit erschüttert. Wie kann es im Sozialbereich zu solchen Auswüchsen kommen, fragen sich viele Menschen zu Recht. Werden die Sozialbetriebe nicht kontrolliert?

Leider ist das Sozialrecht an dieser Stelle schwer zu verstehen. Während etwa bei der Straßensozialarbeit so genannte „Zuwendungen“ fließen, die auf Euro und Cent abzurechnen sind, werden im „Entgeltbereich“ zwischen Staat und Sozialbetrieben Kostensätze vereinbart, zum Beispiel beim betreuten Wohnen. Der Staat kontrolliert nur, ob die vereinbarte Leistung zum vereinbarten Preis erbracht wird. Folglich können wir als Sozialhilfeträger nur eingreifen, wenn die Versorgung der Betroffenen schlecht ist. Das war bei der Treberhilfe aber nicht der Fall. Die

Kontrolle der Bücher oder gar Beschränkung der Managergehälter sieht das Gesetz nicht vor.

Mitte der 90er Jahre hat es hier einen Systemwechsel gegeben. Die Sozialbetriebe – so wollen es die Bundesgesetze seither – sollen eigenständig wirtschaften und Überschüsse erzielen können, damit sie Rücklagen bilden und Investitionen tätigen können. Dagegen ist nichts zu sagen. Die Maserati-Affäre zeigt aber, dass dieses System aus dem Ruder gelaufen ist. Denn die öffentliche Hand muss – bei aller Eigenständigkeit der Sozialbetriebe – mehr Kontrolle haben. Und wir müssen Mindeststandards für die Beschäftigten und Höchstgrenzen für Geschäftsführergehälter durchsetzen können. Wir werden im Bundesrat für gesetzliche Änderungen kämpfen, die das ermöglichen.

Besonders bedeutend ist darüber hinaus die Gemeinnützigkeitsprüfung, denn nur wenn ein Betrieb

wirklich gemeinnützig ist, sind Steuervergünstigungen zu rechtfertigen. Eine Sonderprüfung der Treberhilfe läuft gerade. Und wir erarbeiten derzeit mit den Wohlfahrtsverbänden einen Ehrenkodex. Die Sozialbetriebe sollen sich zu mehr Transparenz verpflichten und etwa ihre Gehaltsstruktur offenlegen. Davon wollen wir zukünftig abhängig machen, wer Zuwendungen bekommt.

Dass die allermeisten Träger transparent arbeiten, steht für mich außer Frage. Aber wir müssen ausschließen, dass Einzelne eine ganze Branche in Verruf bringen.

Carola Bluhm  
Senatorin für Integration,  
Arbeit und Soziales



# Bundeswehr in Schulen

Sogenannte Jugendoffiziere machen in Schulen gern Werbung für die Bundeswehr. Sie „informieren“ über lukrative Berufsmöglichkeiten in der Armee. Dabei geht in der Regel unter, dass der „Beruf Soldat“ in einer Bundeswehr, die zum Beispiel am Afghanistan-Krieg beteiligt ist, ein hohes Risiko für das eigene Leben darstellen kann und es dabei auch zivile Tote gibt – wie bei der Bombardierung von Menschen bei Kundus im vergangenen Jahr. Auch anderswo soll Militär zur Normalität werden: Entwicklungshilfeminister Niebel (FDP) will, dass die Bundeswehr in Zukunft verstärkt mit Hilfsorganisationen in Krisengebieten zusammenarbeitet. Ich habe dies als Teilnehmer der Afrika-Reise, die er gemeinsam mit Außenminister Westerwelle unternommen hat, live erleben können. Für Hilfsorganisationen bedeutet eine Vermischung von Militär mit Entwicklungshilfe gerade in Spannungsgebieten einen sicherheitsrelevanten Vertrauensverlust. Ist der „Beruf Soldat“ also ein

normaler Job, für den an Schulen geworben werden sollte? Nein! Um Klarheit zu gewinnen, beauftragte ich den Bundestag mit einer rechtlichen Prüfung. Ergebnis: Ja, an Schulen dürfen Infoveranstaltungen zur Bundeswehr stattfinden. Diese müssen aber in Verantwortung der Schulen liegen und die staatliche Neutralität muss beachtet werden. Deshalb müssen Akteure der Zivilgesellschaft, zum Beispiel die Kampagne gegen Zwangsdienste über Alternativen zum Wehrdienst informieren dürfen. Ich freue mich sehr, dass die Pankower Linksfraktion einen entsprechenden Antrag in die BVV eingebracht hat. Auch andere erfreuliche Neuigkeiten gibt



es: Gut Ding will Weile haben. Mit diesem alten Sprichwort trösteten wir uns schon seit Monaten über die Fehlschläge bei der Suche nach einem geeigneten Pankower Wahlkreis- und Bürgerbüro hinweg. Dabei wollten wir wahrlich nicht das Unmögliche. Kein Wassergrundstück am Weißen See und kein Penthouse in den Schönhauser Allee Arkaden. Gut erreichbar sollte es sein und Platz bieten für meine Bürgersprechstunden, meine Wahlkreisorganisation und für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Gabi Kuttner und Steffen Pachali. Nun, liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben es geschafft! Gemeinsam mit und genauso verspätet wie der Frühling ziehen wir im Mai in die Breite Straße 11A. Schon jetzt freut sich das teamlieblich auf Euren und Ihren Besuch! Wir stehen konkret für die Beantwortung Eurer und Ihrer Fragen bzw. Unterstützung bei Problemlösungen zur Verfügung.

Stefan Liebich  
Pankower Bundestagabgeordneter



Aus dem Bezirk

## Güterbahnhof Pankow



Nach dem überraschenden Erwerb des Areals durch den Möbelhaus-Unternehmer Kurt Krieger ("Möbel Höffner") im Dezember 2009 diskutieren die Gremien der BVV Pankow derzeit erste Vorstellungen des neuen Eigentümers zur weiteren Entwicklung des Güterbahnhofes Pankow – als solche anzusprechende Pläne existieren noch nicht. Ursprünglich firmierte das Vorhaben unter dem Titel "Neue Mitte Pankow", inzwischen ist vom "Pankower Tor" die Rede. In ihrem Kern ist nach diesen Vorstellungen vorgesehen, an der Heinersdorfer Brücke einen Möbelmarkt und ein Einkaufszentrum von jeweils 80.000 Quadratmeter Größe zu errichten, wobei jeweils 40.000 Quadratmeter auf reine Verkaufsflächen und jeweils 40.000 Quadratmeter auf Nebenfleichen entfallen sollen. Unter anderem gehören dazu auch 3.500 einzurichtende PKW-Stellplätze. Allein das Möbelhaus soll einen Einzugsbereich von bis zu 80 Ki-

lometern in den Brandenburger Norden hinein haben. Das Möbelhaus an der Pankstraße soll geschlossen werden; dort kommen nach Angaben der Betreiber 60 bis 70 Prozent der Kunden aus dem Umland. Über den Umfang des Lieferverkehrs wurden bisher keine Aussagen gemacht. Inwiefern sich diese Vorstellungen mit dem bezirklichen Zentrenkonzept in Einklang bringen lassen, das an diesem konkreten Punkt vom Zentrenkonzept des Senates abwich, ist derzeit nicht zu sagen, denn auch dieses Konzept wird gerade überarbeitet.

Für den Rest der Fläche sind die Vorstellungen eher verschwommen. Für den mittleren Teil etwa in Höhe der Neumannstraße wird wolkig von einem "Park der Ortsteile Pankows" gesprochen; für das westliche Ende des Areals ist ganz unbestimmt von öffentlichen Einrichtungen die Rede und der Aufforderung an den Bezirk, zu sagen, was man "da haben wolle", eine

Schule etwa, oder Verwaltungsgebäude, oder vielleicht eine Bibliothek, oder alles zusammen?

Zur notwendigen verkehrlichen Erschließung hat bis jetzt einzig die Senatsverwaltung Vorstellungen entwickelt, die darauf hinauslaufen, am Nordrand des Geländes parallel zur Bahntrasse eine neue Straße zu bauen, die die Heinersdorfer Brücke unterquert, die Berliner Straße mit einer neuen Brücke überquert und zur Mühlenstraße geführt werden soll. Diese Pläne hat die BVV jedoch schon im Jahr 2007 mit großer Mehrheit verworfen.

*Wolfram Kempe*



## Bildungszentrum eröffnet

Der Pankower Bezirksstadtrat Dr. Michail Nelken (DIE LINKE) übergab in der Bizetstraße 27 in Weißensee im Sanierungsgebiet Komponistenviertel an die Musikschule und die Volkshochschule einen mit finanziellen Mitteln der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erworbenen und sanierten neuen Standort.

Vor zweieinhalb Jahren stand an der Bizetstraße nur noch ein heruntergekommenes Bauwerk. Zuvor beherbergte das 1927 erbaute Haus unter anderem die Verwaltung des VEB Gummiwerke Berlin.

Im Jahr 2006 hatte die damalige Linkspartei-Bezirksstadträtin für Kultur und Bildung, Almuth Nehring-Venus, im Kulturausschuss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) für dieses, vom Zerfall bedrohte Gebäude ihr kommunales Projekt „Bildungs- und Begegnungszentrum am Antonplatz“ vorgestellt. Mit der 2005 im Nachbargebäude eröffneten Wolfdietrich

Schnurre-Bibliothek und Räumen der Volkshochschule sollte damit ein wichtiges Bildungsangebot und eine Bereicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur für Weißensee und den Bezirk geschaffen werden.

Der Musikschule Béla Bartók stehen nunmehr für die zurzeit neunhundert Schüler einundzwanzig Unterrichtsräume zur Verfügung, für die Volkshochschule wurden fünfzehn zusätzliche Räume eingebaut. Die Konzentration der Musik- und Volkshochschul-Angebote führt zudem zu einer Reduzierung der Kosten für Instandhaltung und den baulichen Unterhalt bezirklicher Immobilien. Für die Einrichtungen ist eine höhere Effektivität, Funktionalität und Qualitätssteigerung möglich.

Das Gebäude wurde in seinem äußeren Erscheinungsbild entsprechend dem historischen Vorbild nach Anbringung eines Wärmedämm-Verbundsystems wiederhergestellt.

Es hat einen behindertengerechten Zugang und ist im Innern komplett und nach ökologischen Vorgaben umgebaut worden. Insgesamt waren 40 Firmen am Bau beteiligt, drei Millionen Euro an Fördermitteln sind investiert worden.

Mit dem an den neu gestalteten südlichen Antonplatz angrenzenden Bildungszentrum ist Weißensee nicht nur für seine Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für Besucher und Touristen attraktiver und einladender geworden

*Renate Tepper*



## Vor Ort entscheiden

Die Formulierungen im Programmentwurf zur Regierungsbeteiligung sind ausgesprochen widersprüchlich. Einerseits heißt es, „Regierungsbeteiligungen sind konkret unter den jeweiligen Bedingungen zu diskutieren und an verbindliche Kriterien zu binden“. Auf der anderen Seite werden aber rote Linien genannt, die eine Regierungsbeteiligung ausschließen – also Privatisierungen oder Sozial- und Arbeitsplatzabbau. Ich denke, über Regierungsbeteiligung kann sinnvoll nur vor Ort entschieden werden: auf der Grundlage umfassender Kenntnisse der ökonomischen und sozialen Lage und der öffentlichen Infrastruktur, aber auch der gesellschaftlichen Stimmung für Veränderung können wir entscheiden, ob unsere Beteiligung an der Regierung zur Verbesserung der Lebenssituation insbesondere der ärmeren Bevölkerung einen entscheidenden Beitrag leisten kann – durch gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Kultur, durch Arbeit, von der man leben

kann und durch ein hohes Maß an Mitgestaltungs- und Mitentscheidungsrechten. Aber wir müssen auch sagen, welchen konkreten Herausforderungen wir uns in der Regierungsarbeit stellen wollen. Gelingt es uns ein Bildungssystem auf den Weg zu bringen, das allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche Bildungschancen sichert durch kostenfreie Kitas, durch eine Schule, die nicht ausgrenzt, und den Verzicht auf Studiengebühren. Haben wir die Kraft, eine Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik durchzusetzen, die für die Vergabe von öffentlichen Geldern Mindestlöhne obligatorisch macht. Schaffen wir es, daß die wichtigsten Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung bleiben, damit sie für alle bezahlbar sind: kommunale Wohnungen, öffentlicher Personennahverkehr, Krankenhäuser. Erreichen wir ein gesellschaftliches Klima, das in einer multikulturell

geprägten Stadtgesellschaft hilft, Ausgrenzung abzubauen und sozialen Zusammenhalt zu fördern. Das alles gelingt nicht von heute auf morgen. Man muß die wichtigsten Akteure kennen lernen, die zivilgesellschaftlichen Strukturen durchschauen, potentielle Verbündete finden; Vertrauen und Akzeptanz gewinnen. Vor allem kommt es darauf an, sich breit in der Gesellschaft zu verankern und für die Politikkonzepte zu werben.

Den Öffentlichen geförderten Beschäftigungssektor durchzusetzen ist zum Beispiel einfacher, wenn Gewerkschaften und Wirtschaft gleichermaßen dafür gewonnen werden und Privatisierungen werden eher verhindert, wenn Bürgerbewegungen vor Ort aktiv dafür mobilisieren.

Natürlich ist es gut, wenn die Partei mit unseren Aktivitäten zufrieden ist; wichtiger aber ist wie sie bei den Betroffenen ankommen.

*Heidi Knake-Werner  
Bundesparteitag delegierte*



## Ihr wart super

Diesen Satz witterte das Bündnis „1. Mai Nazifrei“ um 17.28 Uhr. Kurz danach stiegen die Rechtsextremen zurück in die S-Bahn. Der Protest von rund 10.000 Menschen hatte es geschafft, dass das klägliche Häufchen von 600 Neonazis mit stundenlangen Verspätungen nur 800 Meter weit auf der Bornholmer Straße kam und Umdrehen musste. Für die Nazis ist das die zweite Klatsche nach der Blockade in Dresden im Februar.

Dass sie nicht weit kamen, ist dem Protest Vieler zu verdanken. Das Bündnis „Wir sind Pankow – tolerant und weltoffen“, in dem die OASE im Interkulturellen Haus, LINKE, Grüne, SPD, die Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus und viele Andere organisiert sind, meldete schon vor Monaten Kundgebungen an den S-Bahnhöfen des Bezirks an. Pankows Bürgermeister Köhne (SPD) rief zur Blockade auf, wofür er sich böse Attacken von Medien und konservativen Parteien

einhandelte. Am Vorabend des 1. Mai wurde die geplante Nazi-Route mit Plakaten „Berlin gegen Nazis“ dank einer Genehmigung des Bezirks zugesperrt. Anwohner der Bornholmer Straße übertönten topfschlagend auf Balkonen die rechte Propaganda. Familien, Autonome, Künstler und Politiker standen dicht gedrängt an der geplanten Nazi-Route – westlich der Bösen Brücke, in der Wisbyer Straße, am S-Bahnhof Schönhauser Allee, in der Wichertstraße. Von holländischen Touristen über die Mutter mit zwei Kindern auf dem Fahrrad bis zu empörten Senioren, die den Zweiten Weltkrieg erlebt haben und nun durch Polizeiabsperrungen in ihrer Meinungskundgabe gestoppt wurden, reichte die Schar. Mit Twitter-, Tickerdienst und Telefonaten informierten sie sich über die aktuelle Lage. Die kleinen Kundgebungen an den S-Bahnhöfen dienten als Leitstelle für neu ankommende Nazigeher.

Trotz schlechter Informationspolitik von Versammlungsbehörde und Senat im Vorfeld des 1. Mai über die Nazi-Route, immensum Polizeiaufgebot, Sperren und teilweise rüden Polizeivorgehen gegen Protestierende hatte das Konzept des Bündnisses „1. Mai Nazifrei“ Erfolg. Die Kriminalisierung des bunten und breiten Protestes gelang nicht. Gegen 16.30 Uhr drehten die Nazis um. Großer Jubel im Prenzlauer Berg. Für Euer Engagement bedankt sich DIE LINKE.

Ihr wart super.

*Sandra Brunner  
Stellvertretende Bezirksvorsitzende*



Boxhagener Platz

# Heimattfilm, der nicht tümelet



Man riecht förmlich den Mief der Treppenhäuser, gruselt sich vor der Ornament-Tapete, schmeckt den Königsberger Kloppen nach, fühlt den Fisch in der BZ am Abend unter dem Arm des Fischhändlers noch zappeln... Er läuft und läuft. Seit zwei Monaten findet der „Boxhagener Platz“ von Regisseur Matti Geschonneck ein amüsiertes und berühmtes Publikum in den Hauptstadtkinos. Alltag in der DDR der 60er Jahre, genauer - in Berlin, am Boxi. „Ich wollte einen Berliner Heimattfilm drehen, eine Liebeserklärung an die Stadt und ihre Menschen.“ So Geschonneck (Sohn des verstorbenen großen Schauspielers Erwin Geschonneck) in einem Interview. „Ich finde, es gibt zu viele Filme über die DDR, die nur dummes Klischee bedienen. Das wollten wir nicht. Wir wollten aber auch auf keinen Fall sentimentale Ostalgie aufkommen lassen!“ Der Film bedient sich eines hochkarätigen Ensembles von Schauspielern. Bis in die kleinste Rolle. Allen voran die geniale Gudrun Ritter und ebenbürtig ihr zur Seite Michael Gwisdek. Die Ritter

als Oma Otti schickt sich gerade drein, Ehemann Nummer sechs zu verlieren, der im Schlafzimmer vor sich hinröchelt. Doch Otti hat schon wieder ihre Antennen ausgefahren, einen Neuen aufs Korn genommen. Altkommunist Karl (Gwisdek) oder den alten Nazi Winkler (Horst Krause) aus dem Fischladen. Im Milieu rund um den Boxhagener Platz wohnen in ihren piefigen Wohnungen noch Ottis Sohn (Jürgen Vogel als Abschnittsbevollmächtigter), dessen aufgetuffte Frau (Meret Becker), die sehnsüchtig nach den materiellen Segnungen des goldenen Westens geiert und deren 14jähriger Sohn (Samuel Schneider). Und mittendrin mischt die Stasi auch noch mit. '68 in Ostberlin, Frühling in Prag, Studenten, die in Westberlin auf die Straße gehen. Die großen politischen Ereignisse werden heruntergebrochen auf die kleine Welt der kleinen Leute. Und bei allem berlinischem Mutterwitz färbt der Ernst der politischen Ereignisse die Komödie durchaus auch schwarz ein. Ein Humor, der aber an keiner Stelle zur Klamotte verkommt, eine Spra-

che, die bis aufs I-Tüpfelchen genau Menschenzeichnung ist. Konkrete Sprache, bekannter Ort, gelebte Zeit - da könnte schnell mal Zonen-Exotik aufkommen. Kommt aber nicht. Denn Geschonneck verfügt so klug über seine filmischen Mittel, dass ihm ein Kunstwerk (ja, nicht nur ein Film, ein Kunstwerk!) gelingt, das weiter greift. Matti Geschonnecks Wahrheit ist einfach: Egal, unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen du lebst - charakterliche Eigenschaften wie Anständigkeit, Ehrlichkeit, Mut, sich zu bekennen, bleiben die Konstanten auch für die Generationen, die nach dir kommen. Er ist nicht unter seinem selbst formulierten Anspruch geblieben: „Vor allem möchte ich berühren. Es geht ja letztlich um Zeitloses, wie um die Wahrung der Würde, um mal ein ganz großes Wort zu benutzen.“

*Gisela Blank*

## WANNWOWASWANNWOWASWANN

19. Mai 18.30 Uhr

Bürgerforum des Kreuzpfuhl e.V., Gast: Gernot Klemm, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraction im Berliner Abgeordnetenhaus, Pistoriusstraße 24

26. Mai 17.30 Uhr

Fortsetzung der 33. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetensaal

29. Mai 10-17 Uhr

Kapitalismus dot com – Digitale Produktionsverhältnisse und politische Perspektiven, Tagung der Hellen Panke e.V im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4 12-17 Uhr

Infostand der LINKEN auf den Buchholzer Festtagen, Französisch-Buchholz, Hauptstraße, Ecke Gravensteinstraße

31. Mai 18.00 Uhr

Fraktionssitzung der Linksfraction in der BVV im Fraktionszimmer

1. Juni 10.00 Uhr

Ein halbes Jahr schwarz-gelbe Regierungskoalition und die Verantwortung der Linken, Referentin: Gesine Löttsch, MdB im Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28 (U Rosa-Luxemburg-Platz)

2. Juni 19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstands in der Bezirksgeschäftsstelle

5. Juni 14.00 Uhr

bei Käthe – Kinderfest der LINKEN Pankow auf dem Kollwitzplatz

7. Juni 18.00 Uhr

Fraktionssitzung der Linksfraction in der BVV im Fraktionszimmer

8. Juni 10.00 Uhr

40 Jahre Planwirtschaft der DDR - war die DDR wirklich bankrott?, Referent: Prof. Dr. Klaus Steinitz, Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28 (U Rosa-Luxemburg-Platz)

9. Juni 17.30 Uhr

34. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetensaal

14. Juni 18.00 Uhr

Fraktionssitzung der Linksfraction in der BVV im Fraktionszimmer

15. Juni 10.00 Uhr

Zur Gesundheits- und Wohnungspolitik in Berlin - Zwischenbilanz und Ausblick der Partei DIE LINKE, Referent: Dr. Wolfgang Albers, MdB im Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

18. - 20. Juni

Fest der LINKEN in der Kulturbrauerei in der Schönhauser Allee 36

21. Juni 18.00 Uhr

Basistag in der Bezirksgeschäftsstelle 19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

### Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin

Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

[www.die-linke-pankow.de](http://www.die-linke-pankow.de)

eMail: [redaktion@die-linke-pankow.de](mailto:redaktion@die-linke-pankow.de)

V.i.S.d.P.:

Carsten Schatz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

06. Mai 2010

Druck: double express

Auflage: 6.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei

erscheint am

24. Juni 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: Mauerpark und Schwedter Steg

**Linksfraction in der BVV Pankow**

Bezirksamt

Fröbelstraße 17, Haus 7,

Fraktionszimmer, Raum 109

**DIE LINKE Pankow**

Bezirksgeschäftsstelle

Kopenhagener Straße 76,

Nähe S und U Schönhauser Allee